Satzung des Kletter- und Boulderverein Leipzig

vom 17.06.2024 Stand: 09.08.2024

Allgemeines

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verein trägt den Namen „Kletter- und Boulderverein Leipzig“ und soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Anschließend trägt er den Namenszusatz „e.V.“
2. Der Verein hat seinen Sitz in Leipzig.

§ 2 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 Vereinszweck

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ gemäß der Abgabenordnung. Der gemeinnützige Zweck in diesem Sinne ist die Förderung des Sports für Kinder, Jugendliche und Familien.
2. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Ausgeschiedene Mitglieder haben keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Verbandszugehörigkeit

Der Verein hat die Absicht, in den Stadtsporthbund Leipzig, Landessportbund Sachsen und DAV-Landesverband Sachsen als Mitglied einzutreten. Nach Bestätigung der Mitgliedschaft sind er und seine Mitglieder den Satzungen und der Sportordnung der beigetretenen Verbände unterworfen.

§ 5 Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

1. Der Vereinszweck soll durch die in Ziffer 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden
2. Als ideelle Mittel zur Verwirklichung des Vereinszwecks dienen:
  - a) Klettersportliche Ausbildung
  - b) Angebot regelmäßiger Kinder- und Jugend-Trainingsgruppen sowie Teilnahme an Wettkämpfen
  - c) Gemeinschaftliche klettersportliche Unternehmungen
  - d) Veranstaltung gemeinschaftlicher Kletterausflüge
  - e) Abhaltung von Vereinsveranstaltungen wie Versammlungen und Lehrgänge
  - f) Einrichtung und Betrieb einer Website oder sonstiger elektronischer Medien
  - g) Zusammenarbeit mit Personen, Organisationen und Institutionen, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen beziehungsweise die Vereinsziele unterstützen

Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch:

- h) Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegebühren in der jeweiligen beschlossenen Höhe
- i) Subventionen und Förderungen
- j) Spenden, Sammlungen, sonstige Zuwendungen
- k) Vermögensverwaltung (wie Zinsen, sonstige Kapitaleinkünfte, Einnahmen aus Beteiligungen)
- l) Sponsorengelder
- m) Einnahmen aus Vereinsveranstaltungen (Vereinsfeste, Wettkämpfe, Vorträge, Kurse, Lehrgänge, Führungen, u.ä.)

Mitgliedschaft

§ 6 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede (natürliche) Person werden.
2. Die Aufnahme in den Verein ist schriftlich – auch unter Nutzung moderner Kommunikationsmöglichkeiten – unter Angabe von Vorname, Name, Geburtsdatum, Adresse und E-Mail-Adresse beim Vorstand zu beantragen. Bei Minderjährigen ist der Aufnahmeantrag durch die gesetzlichen Vertreter zu stellen.
3. Bei der Aufnahme ist eine Gebühr zu entrichten, die von der Mitgliederversammlung festgesetzt wird.
4. Mit der Anmeldung unterwirft sich jedes Mitglied den Bestimmungen dieser Satzung.
5. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Dieser kann die Entscheidungsbefugnis delegieren. Eine Ablehnung des Antrags muss er gegenüber dem Antragsteller nicht begründen.
6. Die Aufnahme wird erst nach der Bezahlung der Aufnahmegebühr und des ersten Jahresbeitrages rückwirkend zum Tag der Antragstellung gültig.

§ 7 Ehrenmitglieder und fördernde Mitglieder

1. Auf Beschluss des Vorstands können Ehrenmitglieder und Ehrenvorstände ernannt werden. Die Verleihung von Ehrentiteln setzt das Einverständnis des zu Ehrenden voraus.
2. Die Ehrenmitgliedschaft kann an natürliche und juristische Personen verliehen werden, die sich in hervorragender Weise um das Wohl oder das Ansehen des Vereins verdient gemacht haben.
3. An Mitglieder, die sich durch langjährige und engagierte Tätigkeit im Vorstand in ganz besonderer Weise verdient gemacht haben, kann der Titel Ehrenvorstand verliehen werden.
4. Ehrenmitglieder und Ehrenvorstände, die nicht gleichzeitig ordentliche Mitglieder sind, nehmen ohne Stimmrecht an den Mitgliederversammlungen teil.
5. Ehrentitel werden an Personen auf Lebenszeit bzw. auf Zeit ihres Bestehens verliehen. Ehrentitel können nicht übertragen werden und gehen bei Umwandlung juristischer Personen unter.
6. Über die Aberkennung eines Ehrentitels entscheidet die Mitgliederversammlung auf Antrag des Vorstands oder einer Gruppe von mindestens acht stimmberechtigten Mitgliedern im Sinne der Vereinssatzung.

§ 8 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft wird beendet durch:

1. Austritt
2. Tod
3. Streichung
4. Ausschluss

§ 9 Austritt, Streichung

1. Der Austritt eines Mitglieds ist schriftlich – auch unter Nutzung moderner Kommunikationsmöglichkeiten – dem Vorstand mitzuteilen. Er wirkt zum Ende des laufenden Vereinsjahres. Der Austritt ist spätestens drei Monate vor Ablauf des Vereinsjahres zu erklären.
2. Das ausscheidende Mitglied bleibt bis zu diesem Zeitpunkt verpflichtet, die Mitgliedsbeiträge zu bezahlen.
3. Der Vorstand kann die Mitgliedschaft mit sofortiger Wirkung streichen, wenn das Mitglied den Jahresbeitrag trotz zweifacher Mahnung nicht bezahlt hat. Die Mahnung erfolgt per Post und/oder per E-Mail.

§ 10 Ausschluss

1. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden. Ausschließungsgründe sind:
  - a) Nichterfüllung der satzungsgemäßen Verpflichtungen
  - b) Nichtzahlung des Beitrages trotz Aufforderung
  - c) Ein schwerer Verstoß gegen die Interessen des Vereins oder unsportliches Verhalten
  - d) Unehrenhafte sowie vereinschädigende Handlungen
2. Soll ein Mitglied ausgeschlossen werden, so ist ihm unter Setzung einer Frist von einem Monat Gelegenheit zu geben, sich zu rechtfertigen.
3. Gegen den Ausschluss ist Berufung an die Mitgliederversammlung zulässig. Sie muss innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Ausschließungsbescheides beim Vorstand eingelegt werden.
4. Vor der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist rechtliches Gehör zu gewähren. Der Beschluss über den Ausschluss ist zu begründen und dem Mitglied mittels eingeschriebenen Briefs bekannt zu geben.

§ 11 Haftungsbeschränkung

1. Eine Haftung des Vereins und der von ihr beauftragten Personen für Schäden, die einem Mitglied bei der Benutzung der Vereinseinrichtungen oder bei der Teilnahme an Vereinsveranstaltungen entstehen, ist über den Umfang der vom Verein abgeschlossenen Versicherungen hinaus auf die Fälle beschränkt, in denen einem Organmitglied oder einer sonstigen für den Verein tätigen Person, für die der Verein nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts einzustehen hat, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last gelegt werden kann.
2. Die Datenerhebung bei den Mitgliedern sowie der Datenverarbeitung durch den Verein erfolgen auf Grundlage der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), die auch über den Link auf der Homepage des Vereins eingesehen werden können.

§ 12 Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied hat den vollen Jahresbeitrag spätestens bis zum 31. Januar des laufenden Jahres an den Verein zu entrichten. Die jeweilige Höhe setzt die Mitgliederversammlung fest. Hierbei wird die von der Hauptversammlung des Vereins beschlossene Einteilung in Mitgliederkategorien zugrunde gelegt.
2. Während des laufenden Vereinsjahres eintretende Mitglieder haben den vollen Jahresbeitrag zu entrichten. Ab dem 01. September des Jahres ist nur der halbe Betrag zu entrichten. Eine ab Dezember beginnende Mitgliedschaft ist auch für das folgende Vereinsjahr gültig.
3. Jedes Mitglied ist verpflichtet, Änderungen seiner Anschrift, Mailadresse sowie Bankverbindung alsbald dem Vorstand mitzuteilen.
4. Jedes Mitglied ist verpflichtet, mit dem Vereinseigentum pfleglich umzugehen

§ 13 Rechte der Mitglieder

1. Die Mitgliederrechte stehen dem Mitglied nur für den Zeitraum zu, für den es den Jahresbeitrag entrichtet hat.
2. Die volljährigen Mitglieder haben Sitz und Stimme in der Mitgliederversammlung, können wählen und gewählt werden. Sie können das Vereinseigentum zu den dafür vorgesehenen Bedingungen benutzen und genießen alle den Mitgliedern zustehenden Rechte.
3. Den nicht volljährigen Mitgliedern stehen die in Absatz 2 genannten Mitgliederrechte mit Ausnahme des Wahl- und Stimmrechtes zu. Abweichend hiervon können Mitglieder ab dem vollendeten 16. Lebensjahr abstimmen und wählen, aber nicht gewählt werden.

Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 14 Mitgliederversammlung

1. Der Vorstand beruft alljährlich, möglichst im ersten Quartal, eine ordentliche Mitgliederversammlung ein, zu der die Mitglieder spätestens vier Wochen vorher in Textform (Brief oder E-Mail) eingeladen werden. Die Schwerpunkte der Tagesordnung sind hierbei mitzuteilen. Anträge der Mitglieder sind in Textform (Brief oder E-Mail) spätestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand zu stellen.
2. Der Vorstand kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung nach den gleichen Bestimmungen wie in Ziffer 1 einberufen. Sie muss einberufen werden, wenn dies mindestens ein Drittel der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Grundes beantragen.
3. Der Vorstand kann beschließen, den Mitgliedern die Teilnahme an der Mitgliederversammlung im Wege der elektronischen Kommunikation zu ermöglichen oder die gesamte Mitgliederversammlung elektronisch durchzuführen.
4. Die Einladung gilt als form- und fristgerecht und dem Mitglied als zugegangen, wenn diese 3 Werktage vor Ende der Bekanntgabe-Frist an die zuletzt vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene Adresse oder Email-Adresse versandt wurde. Fehlerhafte und veraltete Adressen gehen zu Lasten des Mitglieds.

§ 15 Aufgaben der Mitgliederversammlung

1. Der Mitgliederversammlung sind vorbehalten:
  - a) Den Geschäftsbericht des Vorstandes und die Jahresrechnung entgegenzunehmen
  - b) Den Vorstand zu entlasten
  - c) Den Mitgliederbeitrag und die Aufnahmegebühr festzusetzen
  - d) Vorstand zu wählen
  - e) Die Satzung zu ändern
  - f) Den Verein aufzulösen

§ 16 Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung

1. Der Vorstand leitet die Mitgliederversammlung.
2. Zu Beginn wird ein Schriftführer gewählt, der die Beschlüsse wörtlich aufnehmen muss. Der Schriftführer und das sitzungsleitende Vorstandsmitglied unterschreiben die Beschlüsse der Mitgliederversammlung.
3. Über Anträge, die erstmals in der Mitgliederversammlung gestellt werden, entscheidet die Mitgliederversammlung mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Dies gilt nicht für Anträge in Bezug auf eine Änderung der Satzung, der Mitgliedsbeiträge oder der Auflösung des Vereins.
4. Anträge auf eine Änderung der Satzung, der Mitgliedsbeiträge oder der Auflösung des Vereins sind bis zwei Wochen vorher mit kurzer Begründung schriftlich an den Vorstand einzureichen.
5. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Nicht anwesende stimmberechtigte Mitglieder können sich durch andere stimmberechtigte Mitglieder mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen.
6. Kandidaten für eine Wahlfunktion können sich im Rahmen der Mitgliederversammlung vorstellen. Die Mitgliederversammlung beschließt in offener Abstimmung mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Kann bei Wahlen kein Kandidat die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder auf sich vereinen, ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat; zwischen mehreren Kandidaten ist eine Stichwahl durchzuführen.

§ 17 Vorstand

1. Der Verein wird nach außen gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorstand vertreten.
2. Mitglieder des Vorstandes können nur Mitglieder des Vereins sein. Mit Ende der Mitgliedschaft im Verein endet auch die Mitgliedschaft im Vorstand.
3. Der Vorstand besteht aus
  - a) Dem Vorsitzenden
  - b) Seinem Stellvertreter
  - c) Dem Kassenwart
4. Grundsätzlich wird der Verein jeweils durch den Vorstand im Sinne des § 26 BGB rechtsverbindlich vertreten.
5. Die Mitglieder des Vorstandes sind ehrenamtlich tätig. Zuwendungen im Rahmen der Ehrenamtszuschüsse (§ 3 Nr. 26a Einkommenssteuergesetz) sind unerschüttert. Die Mitglieder des Vorstandes haben Anspruch auf Ersatz angemessener Aufwendungen, insbesondere der Reisekosten, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit tatsächlich entstanden sind. Gleiches gilt für vom Vorstand beauftragte Vereinsmitglieder.

6. Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren in offener (wenn von der Mehrheit der Versammlung kein Widerspruch erhoben wird) oder geheimer Abstimmung gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Ist bei Ablauf der Frist ein neuer Vorstand noch nicht gewählt, verlängert sich die Amtszeit bis zur Wahl eines neuen Vorstandes.
7. Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus, so wird an dessen Stelle durch die nächste Mitgliederversammlung für den Rest der Amtszeit ein neues Vorstandsmitglied gewählt. Bis dahin, sowie in Fällen lang dauernder Verhinderung, berufen die übrigen Vorstandsmitglieder ein Ersatzmitglied.
8. Der Vorstand legt die Tagesordnung für alle Versammlungen des Vereins fest, vollzieht ihre Beschlüsse und entscheidet in allen Angelegenheiten, die nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.

§ 18 Geschäftsordnung des Vorstandes

1. Vorstandssitzungen finden jährlich mindestens viermal statt. Die Einladung zu Vorstandssitzungen erfolgt durch ein Mitglied des Vorstandes (erster Vorsitzender oder einer seiner Vertreter) in Textform unter Einhaltung einer Einladungsfrist von mindestens sieben Tagen.
2. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.
3. Der Vorstand wird von dem Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung von dem Stellvertreter, bei der Verhinderung des Stellvertreters durch den Kassenwart zu Sitzungen einberufen. Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden. Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind oder im Wege der elektronischen Kommunikation teilnimmt. Der Vorstand kann einen Beschluss auch dann wirksam fassen, wenn sein Gegenstand bei der Einberufung nicht angegeben worden ist.
4. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit der teilnehmenden Mitglieder gefasst; bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
5. Statt in einer Sitzung nach Abs. 1 kann ein Beschluss auch durch schriftliche oder elektronische Stimmenabgabe der Mehrheit aller Vorstandsmitglieder gefasst werden.
6. Der Vorstand muss einberufen werden, wenn es mindestens zwei seiner Mitglieder verlangen.
7. Die Beschlüsse des Vorstands sind zu protokollieren. Das Protokoll ist vom Protokollführer sowie vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter oder einem anderen Mitglied des Vorstands zu unterschreiben.
8. Dem Vorstand obliegt die Führung der Geschäfte und die Verwaltung des Vereins sowie die Abwicklung dringender Aufgaben.
9. Sofern die anfallenden Arbeiten das zumutbare Maß ehrenamtlicher Tätigkeit übersteigen, kann der Vorstand weitere Personen zur Abwicklung der Geschäfte bestellen.

Auflösung

§ 19 Auflösung

1. Über die Auflösung des Vereins beschließt die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder. Sind weniger als ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder erschienen, so kann die Auflösung nur von einer unverzüglich einzuberufenden zweiten Mitgliederversammlung beschlossen werden, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig ist. Die Mitgliederversammlung, welche die Auflösung beschließt, verfügt auch gleichzeitig über das Vermögen des Vereins gemäß den nachfolgenden Vorgaben.
2. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seiner steuerbegünstigten Zwecke ist das verbleibende Vereinsvermögen nach Abdeckung der Passiva jedenfalls ausschließlich und unmittelbar für steuerlich gemeinnützige Zwecke zu verwenden. Zu diesem Zweck ist das verbleibende Vereinsvermögen an den Deutschen Alpenverein, Sektion Leipzig, oder alternativ einer anderen steuerbegünstigten Körperschaft mit dem Schwerpunkt auf Bergsport mit der zwingenden Auflage der ausschließlichen und unmittelbaren Verwendung für steuerlich gemeinnützige Zwecke zur Förderung des Sports zu übertragen.

§ 20 Redaktionelle Änderungen

Der Vorstand ist berechtigt, redaktionelle Änderungen, also keine Änderungen in Sinn und Inhalt der Paragraphen, der Satzung zu beschließen. Der Vorsitzende, im Verhinderungsfall seine Vertreter, hat der nächsten Mitgliederversammlung darüber zu berichten.

Ort, Datum

Name

Vorname

Unterschrift

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

Name

Vorname

Unterschrift